

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde!

Am Antikriegstag gedenken die Gewerkschaften des Grauens und des unermesslichen Leids der beiden Weltkriege, die über 80 Millionen Tote gefordert haben. Jährlich erinnern wir am 1. September daran, dass es dieser Tag war, an dem Nazi-Deutschland mit seinem Überfall auf Polen 1939 den Zweiten Weltkrieg entfacht hat.

Gerade in diesem Jahr haben wir besonderen Anlass, den Antikriegstag als Tag des Mahnens vor den zerstörerischen Folgen von besinnungslosem Nationalismus und Faschismus zu begehen. Denn 2018 jährt sich das Ende des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal.

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Das ist die unumstößliche Lehre, die wir Gewerkschaften aus den Weltkriegsschrecken des 20. Jahrhunderts gezogen haben.

Doch bis heute ist die Welt für viele weiterhin kein sicherer Ort. Nie gab es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges weltweit mehr Flüchtlinge. Politische, ethnische und religiöse Konflikte, Krieg und Bürgerkrieg, Armut und Ausbeutung zwingen die Menschen zur Flucht.

Die internationale Staatengemeinschaft muss sich entschiedener dafür einsetzen, dass Auseinandersetzungen nicht mit Waffengewalt ausgetragen und in der Folge humanitäre Katastrophen verursacht werden. Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit können dauerhaft Frieden schaffen..

Unsere Geschichte verpflichtet uns zu entschiedenem Widerstand gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir sind bestürzt und beschämt darüber, wie sehr Flüchtlingen in Deutschland mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit begegnet wird. Wir verurteilen zutiefst die abstoßenden Angriffe auf Menschen, die vor Verfolgung und Terror Zuflucht bei uns suchen. Rechtsextremisten sind dabei vielfach Drahtzieher. Auch um ein klares Zeichen gegen diese menschenverachtenden Umtriebe zu setzen, brauchen wir endlich ein Verbot der NPD und aller neofaschistischen und rechtsextremen Gruppen.

Die Würde jedes Menschen ist und bleibt unantastbar. Die Grundrechte, so wie sie in der EU-Grundrechtscharta verbürgt sind, gelten für alle Menschen innerhalb Europas. Diejenigen, die vor Terrorismus und Krieg nach Europa fliehen, haben ein Recht auf Asyl. Die Europäische Union muss denjenigen helfen, die auf der Flucht über das Mittelmeer in Lebensgefahr geraten. Die Flüchtlinge brauchen eine menschenwürdige Aufnahme und Perspektiven auf soziale und wirtschaftliche Integration in Europa. Es ist beschämend, wie Europa darüber feilscht, welcher Mitgliedsstaat wie viele Flüchtlinge aufnimmt. Nationalismen und Ressentiments dürfen in Europa keinen Platz haben. Wir setzen auf Solidarität, auf Demokratie und sozialen Fortschritt.

Aber, wachsende Instabilität und die zunehmende Bereitschaft, die wirtschaftlichen Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen, prägen das internationale Geschehen. Die Folge: Nie sind so viele Menschen auf der Flucht gewesen. Heute sind es weltweit 68,5 Millionen. Die meisten mussten ihre Heimat verlassen, weil dort Krieg oder Bürgerkrieg herrscht.

Ich komme von der Gewerkschaft ver.di. Aktuell befinden wir uns an der Uniklinik des Saarlandes in der Urabstimmung. Wir wollen menschenwürdige Arbeitsbedingungen, wir wollen mehr Personal insbesondere für die Pflege. Wie gehen wir mit jenen Menschen um, die dieses Land nach dem Krieg aufgebaut haben, welchen Respekt erhalten in unserem Land Alte, und Kranke? Das bewegt uns. Und dafür brauchen wir Geld. Dazu müssen wir die Wirtschaftsleistung dieses reichen Landes nutzen. Das sind wir unseren Menschen schuldig, ob sie nun schon Patienten sind oder erst Patienten werden, wir sind es aber auch unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig, sie rund um die Uhr für die Versorgung der Menschen zuständig sind und die Arbeitsbelastung nicht mehr bewältigen können.

Deshalb lehnen wir das NATO-Ziel ab, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Für die Staaten Europas würde dies bedeuten, dass ihre Militäretats von 500 Milliarden Euro auf 800 Milliarden anwachsen. Wir in Deutschland sollen demnach die Rüstungsausgaben annähernd verdoppeln. Zwei Prozent des BIP für den Rüstungsetat – das wären alleine in Deutschland weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen würden: sowohl für Brücken als auch für die Bildung, aber eben auch für die Pflege und medizinische Versorgung.

Im Falle der kürzlich beschlossenen Aufstockung des Verteidigungshaushaltes im Jahre 2018 und 2019 sind allein die nackten Zahlen erschreckend: 38,5 Milliarden Euro schwer wird er 2018 sein, 2019 dann schon bei 42,9 Milliarden Euro.

Im Windschatten der Forderungen des US-Präsidenten Trumps, der auch hier lautstark fordert und krakelt, rückt die Bundesregierung immer näher an die Forderung der NATO heran, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Militärisches auszugeben. Selbst, wenn es bei den aktuell angestrebten 1,5 % der Bundesregierung bleibt, heißt das, dass bis ins Jahr 2024 ganz konkret 60 Milliarden Euro in die Töpfe des Militärs und der Rüstungsindustrie fließen. Man möchte gar nicht anfangen zu rechnen, wie viele tausend zusätzliche Pflegekräfte man in Deutschlands Krankenhäusern mit diesen unvorstellbaren Summen sorgen könnte. Stattdessen präsentiert Verteidigungsministerin von der Leyen ein Schreckensszenario nach dem anderen, um die Milliarden zu rechtfertigen. Deutschland möchte für die Drohgebärden in Richtung Russland die Speerspitze sein. Dafür wird ein neues NATO-Kommando in Ulm geplant, um schnell Truppen ausrüsten, versorgen und befehligen zu können. Anstatt alles zu tun, um die Konflikte mit Russland zu entschärfen, dreht die Bundesregierung mit an der Eskalationsschraube. Damit muss Schluss sein, statt Säbelrasseln braucht es Diplomatie!

30 Milliarden mehr für die Rüstung, das bedeutet tiefe Einschnitte in Bildung und Sozialem, in der Unterstützung der Geflüchteten, bei der dringend notwendigen ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft. Es ist einfach ein militaristischer Wahnsinn, der die Kriegsgefahr weiter steigert und die Profite der Rüstungskonzerne erhöht. 30 Milliarden Euro mehr für das Militär würde vor dem Hintergrund der „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt erhebliche Kürzungen in wichtigen sozialen und innenpolitischen Bereichen bedeuten.

Wir schätzen, dass wir allein für die Krankenhäuser 8 Mrd Euro benötigen, um den Pflegenotstand zu beseitigen. Da brauchen wir das Geld. Pflege oder Rüstungsstaat – beides geht nicht zusammen. Wir kämpfen für den Sozialstaat und gegen die Rüstung. Diese Alternative gilt es durchzusetzen. Die alte Frage nach Kanonen oder Butter beantwortet die große Mehrheit der Bevölkerung mit Butter. Unsere Butter heißt jetzt u.a. Mehr Personal für die Pflege, für die Krankenhäuser und Altenheime.

Dabei wissen wir, das eine dient der menschlichen Gesellschaft und das andere der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Rüstungsausgaben dienen der Kriegspolitik und erhöhen die Gefahr eines Krieges in Europa dramatisch.

Was wir brauchen, ist eine vollständige Umkehr der Politik. Anstatt europäischer Militarisierung ein Zurück zur Entspannungspolitik und zur Abrüstung, also zu einer Politik der gemeinsamen Sicherheit.

Notwendig ist ein Umdenken. Wir wollen gute Pflege anstatt immer mehr Waffen. Soziale und ökologische Entwicklung steht im Widerspruch mit Aufrüstung. Wir sagen laut und deutlich: Abrüsten statt Aufrüsten. Das betonen wir besonders heute an dem Antikriegstag 2018.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein herzliches und friedliches, ein soziales Glückauf.